

Volkstimme

Einzelpreis 50 Pf.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Kiepke in Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Draunlich & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprechnummer: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. Postzustellungsliste 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 36,00 Mark, monatlich 12,00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 33,75 Mark, monatlich 11,25 Mark. Bei den Postanstalten vierteljährlich 36,90 Mark, monatlich 12,30 Mark. — Anzeigengebühren: die gewöhnliche Nonpareilzeile 1,75 Mark, auswärts 2,50 Mark, im Reklameteil Seite 7,00 Mark, auswärts 10,00 Mark. Vereinstatender Seite 1,50 Mark. Anzeigenrabatt geht verloren, wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. Postfachkonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 45.

Magdeburg, Mittwoch den 22. Februar 1922.

33. Jahrgang.

Ludendorff gerichtet.

„Damit die wahre Religion zur Herrschaft gelange, müssen die Götzenbilder zerstört werden. Das gilt auch von der Religion der Vaterlandsliebe.“ Mit diesen Worten leitet Professor Hans Delbrück seine neueste Streitschrift ein: „Ludendorffs Selbstporträt“, die in den nächsten Tagen im Verlag für Politik und Wirtschaft erscheint. Delbrück weiß, was er als berühmter Gelehrter auf dem Gebiete der Militärwissenschaften, als Verfasser der „Geschichte der Kriegskunst“ sich selber und der Sache schuldig ist. Er ist gerecht genug, anzuerkennen, daß sich Ludendorff in Teilkampfen als tüchtiger Stratege gezeigt hat. Um so unerhütterlicher steht sein Gesamturteil fest, daß Ludendorff als Feldherr des Weltkriegs in verhängnisvoller Weise verjagt hat und durch dieses Verjagen, das mit einer ungeheuren Selbsteinschätzung gepaart war, der Hauptschuldige an dem katastrophalen Ausgang des Krieges geworden ist.

„Ludendorffs Selbstporträt“ nennt Delbrück seine Schrift, weil er die wichtigsten Zeugnisse, aus denen er sich sein Urteil bildet, den Schriften Ludendorffs selbst entnommen hat. Aus ihnen weist er ihm nach, daß ihm nicht nur jedes politische Verstehen des Krieges gefehlt hat, sondern auch die große strategische Idee, die ohne ein solches Verstehen eben nicht möglich war.

Nach peinlicher ist, daß Delbrück seinem Feldherrn auf Schritt und Tritt Unwahrhaftigkeiten und ganz offensibare Widersprüche nachweist, die sich nur aus einer außerordentlichen Gedächtnisschwäche oder aus einem angebornen Unvermögen, irgend etwas zu behalten, was einem un bequem ist, erklären lassen. So seine Behauptung, er habe sich nicht in die Politik eingemischt, er habe auch keinen aktiven Anteil an der Selbständigkeitsklärung Polens genommen. Dabei hatte er schon am 20. Oktober 1915 an das auswärtige Amt geschrieben:

Je mehr ich darüber nachdenke, desto mehr festigt sich in mir der Gedanke, daß Polen auf keinen Fall an Rußland zurückgegeben werden darf, daß Polen auch nicht an Oesterreich fallen kann, sondern daß es ein mehr oder weniger selbständiges Staatengebilde unter deutscher Oberhoheit zu werden hat. Wir müssen für die Zukunft sicher gehen, die für uns eine schwere werden wird, um so schwerer, je weniger wir jetzt Rußland schwächen.

Wenn wir Oesterreich durch Serbien entschädigen und damit von Polen abgehen könnten, so wäre dies ein großes Glück.

Am 17. Juli 1916 richtet Ludendorff einen Brief an das Auswärtige Amt, der nicht nur bedeutend ist für seine Stellung zur polnischen Frage, sondern auch einen Beitrag zur Dolchstoßlegende liefert:

Die Schwermerei bei den Oesterreichern hört nicht auf. Die Truppe hält nicht mehr, wie das auch die traurigen Ergebnisse der letzten Tage bewiesen haben.

Da richtet sich mein Auge wiederum auf Polen. Der Pole ist ein guter Soldat. Verjagt Oesterreich, so müssen wir uns andere Kräfte zuführen.

Schaffen wir ein Großfürstentum Polen mit Warschau und Lublin und dann eine polnische Armee unter deutscher Führung. Mal kommt die polnische Armee doch, jeht können wir sie brauchen.

Praktisch mag das un bequem sein. Das verschwindet aber vor der Bedeutung der Maßnahmen für den Sieg, den wir holen wollen und holen müssen. Handeln wir, solange es noch Zeit ist.

Die Selbständigkeitsklärung Polens war ein Friedenshindernis im Osten, wie die Weigerung, sich für die Wiederherstellung Belgiens zu erklären, das Friedenshindernis im Westen gewesen ist. Delbrück weist nach, wie auch hier Ludendorff die Triebkraft zur Verhinderung eines Deutschland rettenden Verständigungsfriedens gewesen ist.

Was Ludendorff im einzelnen geleistet hat, wird vollständig aufgezwungen durch die katastrophalen Fehler, die er im großen ganzen beging. Delbrück zitiert das Wort eines Maßgebenden aus dem alten Regime: Deutschland werde von einem wahnsinnig gewordenen Kadetten regiert.

Gegenüber Ludendorff, der, schatunkend und unklar, das unmögliche Ziel eines vernichtenden Sieges über sämtliche Gegner Deutschlands verfolgte, vertritt Delbrück die These, daß dieser Krieg nur als Verteidigungskrieg zu gewinnen war, daß er bestenfalls nur mit einem Frieden der Erhaltung beendet werden konnte. Delbrück schneidert jetzt, da man offen sprechen darf, Ludendorff und seinem Anhang die Anklage entgegen, daß sie Kriegsverlängerer gewesen seien. Sie hätten „das Deutsche Reich wie ein Spielzeug entzwei gebrochen“.

Und Delbrück fährt fort:

Ludendorff aber baut jetzt Kräfte über Kräfte auf, um seine Schuld zu verdecken. Wo ihm entgegengehalten wird: Warum gabi ihr nicht die öffentliche Erklärung über Belgien ab? Da antwortet er: Das hätte den Feinden unsere Schwäche offenbart. Als ob politischer Verteidigungskrieg Schwäche bedeute. Wo er beweisen will, daß er ja durchaus entgegenkommend und friedenswillig gewesen sei, da schneigt er von seinen Vorbehalten bezüglich Belgiens und fragt, ob wir etwa Elßas und Lozen anbieten sollten? Solange wir mächtig und stark daständen, verständig, ein Friede der Verständigung sei ausgeschlossen, es gäbe nur Sieg oder Niederlage; der Gedanke des Verständigungsfriedens sei ein Verbrechen. Als die Niederlage da ist, da fordert er Fortsetzung des Krieges, um einen ehrenvollen, das heißt einen Verständigungsfrieden zu erkämpfen. Als die Feinde noch voller Furcht vor unsrer Kraft waren, sieht er bei ihnen nichts als ihren Vernichtungswillen. Als sie uns nur noch den Gnadenstoß zu geben hatten, vermutet er, daß sie sich mit uns an den Verhandlungstisch setzen würden. Während des Krieges waren ihm die „Verständler“ so gut wie Vaterlandsverräter; jetzt will er selber zu den Verständlern gehören. Alles das kann jeder Schriftkundige in seinen eignen Büchern lesen, nicht zwischen den Zeilen, sondern in klaren und deutlichen Worten.

Delbrück, eine anerkannte Autorität auf dem Gebiete der Kriegskunst, fällt über die strategische Befähigung Ludendorffs, über sein Wirken als Feldherr an der Spitze eines Millionenheers ein Urteil, das vernichtend wirken müßte, wenn nicht die gesamte Reichspressen ihren Einfluß aufböhete, um den Ruf Ludendorffs zu retten, obgleich der Ausgang des Weltkriegs bestätigt, was Delbrück sagt:

Ludendorff ist als Stratege ganz dasselbe wie als Politiker. Er weiß nie, was er will. Er schwankt heillos zwischen entgegengesetzten Bestrebungen hin und her. Er will den großen Sieg und unterläßt es doch, alle Kräfte auf den entscheidenden Punkt zu konzentrieren. Er will bloße Teilsiege und sieht nicht ein, daß die größte, ja eine unfehlbare Chance für einen gewaltigen Felderfolg nicht in Frankreich, sondern in Italien zu seinen Füßen liegt.

Weshalb lehte Ludendorff seine mahnendernden Angriffe noch fort, nachdem der ungenügende Erfolg des ersten ihm doch die Hoffnungslosigkeit seines Beginns nur zu deutlich offenbart hatte. Wir haben gehört, daß er redete, daß bei weitem Stößen die Front „gelegentlich“ zusammenbrechen werde. Nehmen wir das Wort auf und nennen ihn, da er sich nicht als berufenen Stratege gezeigt hat, einen gelegentlichen Strategen.

Delbrück kommt dann auf die „plötzlich drängende Waffenstillstandsforderung“ zu sprechen, die er als „den aller dunkelsten Punkt in Ludendorffs Laufbahn“ bezeichnet. Er spricht hier nur als Theoretiker. Der Praktiker, der als einfacher Soldat im Felde gestanden hat, könnte hier seine Darlegungen wirksam ergänzen. Er weiß, was es bedeutet, wenn in einem langen entnervenden Kriege plötzlich an der Front das Wort „Waffenstillstand“ — sei es auch nur als bloßes Gerücht — auftaucht, und wie schwer es ist, die enttäuschten Mannschaften wieder aus ihren Heimatssträumen in die raube Wirklichkeit zurückzureißen, sie zur Wiederaufnahme der Waffen zu bewegen. Hier aber war das Wort „Waffenstillstand“ wirklich ausgesprochen, als Bitte aus einem Munde, der bis zu jenem Augenblick nur von Befehlen, Gehorchen, Siegen, Vernichten gesprochen hatte! Die Waffenstillstandsbitte der Obersten Heeresleitung mußte mit einem Schläge die Wirbelsäule des moralischen Widerstandes zerschmettern, und das hat sie auch getan!

Unter diesen Umständen begreift man, daß gerade diejenigen, die bis zuletzt zur Verteidigung des Landes gestanden haben, die von schuldigen Führern zu ihrer Entschuldigend erfundene „Dolchstoß“-Lüge doppelt und dreifach als Infamie empfinden. Auch Delbrück weist diese Lüge zurück, indem er feststellt:

Der Zusammenbruch war nicht die Folge der Revolution, sondern die Revolution war die Folge des Zusammenbruchs. Schwere, allerhöchste Notzeiten hat es auch in der französischen Armee schon 1917 gegeben, aber man ist ihrer wieder Herr geworden, weil noch die Hoffnung auf den endlichen Sieg bestand; in Deutschland rissen die Bande des Gehorhams und der Treue, als es diese Hoffnung nicht mehr gab, als der Abfall und Zusammenbruch Bulgariens und Oesterreich-Ungarns uns isoliert hatte und Ludendorffs plötzliche Waffenstillstandsforderung aller Welt kundgab, daß der Krieg für uns verloren sei.

Delbrück kommt zu dem Schlusse, daß wir, wenn Ludendorff ein anderer Mann gewesen wäre, diesen Krieg anders hätten beenden können. Ludendorff habe Deutschland zugrunde gerichtet, indem er den Verteidigungskrieg in einen Eroberungskrieg verwandelte, den Krieg nicht zu führen verstand und schließlich durch seine Auflehnung

gegen den obersten Kriegsherrn — den durch ihn erzwungenen Rücktritt Bethmanns — die Revolution selber begann.

Ein Götzenbild flirrt in Scherben. . . .

Die zweimal Getäuschten.

Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht. Der unabhängige ist gebrochen, die Unehrlichkeit der offiziellen unabhängigen Politik liegt klar zutage, die Wahrheit fließt. Nicht anders als eine Revolte, als ein offener Disziplinbruch kann das Verhalten der unabhängigen Fraktionsminderheit bei der letzten Abstimmung im Reichstag betrachtet werden: eine Revolte gegen die Unehrlichkeit der Leute um Crippien und Ledebour.

Was die sozialdemokratische Presse von Anfang an vermutet hatte, wird nun von sehr namhaften unabhängigen Führern bestätigt: der gesamten unabhängigen Reichstagsfraktion war es mit ihrem Mißtrauensvotum gar nicht Ernst. Noch am Sonnabend versuchte Crippien in einem Artikel in der „Freiheit“ die Fiktion aufrechtzuerhalten, als wenn er und seine Garde dem Kabinett Lirch an den Kragen gewollt hätten. Er schrieb:

Jede arbeiterschädigende Handlung der Regierung Wirth bedeutet einen Kriegsfall. Dieser Kriegsfall war für die unabhängige Sozialdemokratie in der letzten Zeit zweimal gegeben. Einmal beim Steuerkompromiß und das andre Mal bei dem Vorgehen der Regierung gegen die Eisenbahner mit all seinen Folgen für das gesamte Proletariat.

Am gleichen Tage noch, in der Abendausgabe der „Freiheit“, nahm Wilhelm Dittmann das Wort. Er gehört zu den 34, die bei der Abstimmung mit Nein votierten. Seine Darlegungen bedeuten aber eine glatte Preisgabe des Crippienischen Kriegsfalles Nr. 2. Dittmann sagt, daß es den Unabhängigen lediglich darauf angekommen wäre, der Regierung zu sagen, daß sie mit den Maßnahmen im Eisenbahnerstreik nicht einverstanden gewesen seien. Die Regierung Wirth wegen dieser Frage zu stürzen, sei nicht die Absicht der unabhängigen Reichstagsfraktion gewesen. Auch nicht der 34, die bei der Abstimmung mit Nein stimmten. Dittmann schreibt:

In der durch den Eisenbahnerstreik geschaffenen Situation hatte unsre Fraktion aber nicht die Absicht, einem allgemeinen Mißtrauensvotum zuzustimmen, das die Regierung zum Rücktritt nötigen würde. Deshalb herrschte auch Einmütigkeit in der Fraktion darüber, daß wir die von der Deutschnationalen Volkspartei und von der Deutschen Volkspartei gestellten allgemeinen Mißbilligungsanträge ablehnen müßten. Ebenso hat die Fraktion durch Ledebour erklären lassen, daß sie auch dem von Koenen und Genossen beantragten Zusatz zu unserm Antrag:

Die Erklärungen der Reichsregierung entsprechen nicht den Anschauungen des Reichstags nicht zustimmen werde. Es bestand eben volle Einmütigkeit in unsrer Fraktion darüber, sich bei ihrem Mißbilligungsantrag zu beschränken auf die in diesem Antrag fixierten Punkte und jedes allgemeine Mißtrauensvotum abzulehnen. . . . Das gar nicht in der Absicht der Fraktion, bei diesem Anlaß auf einen Sturz des Kabinetts hinzuwirken.

Der „Kriegsfall“ Crippiens wird also von Dittmann als ein ganz gewöhnliches Manöver denunziert, durch das die Arbeitererschaft irregeführt werden sollte. Die Unabhängigen wollten Agitationsstoff gewinnen, sie wollten ihren Wählern gegenüber mit dem „Mißtrauensantrag“ prunken, sie glaubten eine günstige Gelegenheit gefunden zu haben, um die „verräterische Koalitionspolitik der Rechtssozialisten brandmarken“ zu können. Jetzt kommt Dittmann und bestätigt ausdrücklich, daß die unabhängige Reichstagsfraktion ihr „Mißtrauensvotum“ mit dem Hintergedanken eingebracht hat, es wird sich dafür doch keine Mehrheit finden. Dittmann stellt fest:

Die Fraktion wußte, daß ihr Antrag nur die Zustimmung der Kommunisten finden und mit großer Mehrheit abgelehnt werden würde. Ebenso war die Ablehnung der kommunistischen wie der deutschnationalen und volksparteilichen Mißtrauensanträge sicher.

Dittmann ist wütend über die „Beschränktheit der Koalitionsparteien“, die dieses Sand-in-die-Augen-Streuen nicht mitmachen wollten, die das Spiel verdorben haben. Er gibt auch zu, daß die unabhängige Partei gar keine Anstrengungen gemacht hat, um die Vollzähligkeit der Fraktion zu sichern:

Für die Regierungsparteien, Demokraten, Zentrum und Rechtssozialisten, einerseits und für die Rechtsparteien, Deutschnationale und Volksparteiler, andererseits, handelte es sich

Der Kampf um die Schulen.

Auf der Tagesordnung des Preussischen Landtags stand am Montag die zweite Beratung des Kultushaushalts.
Abg. König (Swinemünde, Soz.): Die Kulturpolitik muß ebenso wie die Wirtschaftspolitik weltwirtschaftlich eingestellt werden. Es zeigt sich immer mehr, daß kein Volk ohne Verbindung mit der ganzen Welt leben kann, daher müssen unsere Wirtschaft, aber auch unsere Kultur die internationalen Gesichtspunkte mehr berücksichtigen. Wir wünschen baldig die Herausgabe eines Erlasses seitens des Ministeriums, der darauf hinweist, daß der Unterricht gemäß Artikel 148 der Reichsverfassung im Geiste der Völkerverbrüderung gehalten sein muß. Minister Gumbel hatte diesen Erlass schon vorbereitet, er ist aber bisher nicht herausgegeben worden. Unser Volk, insbesondere seine Jugend, kann eine im

Geiste der Völkerverbrüderung

geleitete Außenpolitik nur verstehen, wenn die nationalpolitischen Bestrebungen aus dem Unterricht ferngehalten werden. Wir brauchen weiter eine wirtschaftliche Schulung unserer Jugend und begrüßen es, daß an den Universitäten Kurse für Arbeiter, insbesondere für Betriebsräte usw. eingerichtet werden. Für diesen Aufgabenkreis muß im Kultusministerium eine Abteilung eingerichtet werden, an deren Spitze ein Mann aus dem praktischen Leben gehört, der diese Abteilung sachkundig leiten kann. Wir fordern weiter einen organischen Aufbau des Schulsystems von der Volksschule zu den höheren Schulen und Universitäten. Hierfür müßte eine besondere Reformabteilung eingerichtet werden. Die Volksschulen dürfen nicht einseitig als Lehrer- und Berufsbildungsinstitute eingerichtet werden. Der in Sachsen vorbereitete Universitätsaufbau kann für uns vorbildlich sein. Die großen Erziehungsaufgaben können nur mit einem ausgezeichneten vorgebildeten Lehrerstand geleistet werden. Darum muß ihm die Universität geöffnet werden. Warum gelten immer noch die alten Lehrpläne, insbesondere was den Geschichtsunterricht angeht? Warum wird immer noch der alte geschichtliche Unfug der Vergangenheit, Hohenzollernlegenden usw. gelehrt? Der Staat, wie er heute gemodelt ist, muß im Herzen der Jugend verankert werden. Die deutschen nationalen Jugendbünde mit ihrer monarchistischen Propaganda müssen sorgsam überwacht werden. Die Erziehung muß eine Erziehung zur Gemeinschaft sein. Die Volksschulen, insbesondere die Bestrebungen der Schulreformer, müssen gefördert werden. Die Schulleistungen, die ganze Verwaltung überhaupt, müssen modernen Menschen überantwortet werden. (Beifall bei V. d. L. Soz.)

Abg. Dr. Reinhard (dt.-nall.): Ich danke der Landwirtschaft dafür, daß sie durch eine ausreichende Ernährung unsers Volkes erst eine Kulturpolitik ermöglicht. (Zuruf links: Bei Kartoffelpreisen von 350 Mark pro Zentner!) Die Liebe zur Heimat muß gepflegt werden. Die Erziehung muß christlich-religiös sein. In der großen Vergangenheit unsers Volkes muß sich unsere Jugend wieder aufzurichten. Es gibt eine preussische Kultur. (Widerpruch links.) Gehen Sie ins Zeughaus! (Beifall rechts.)

Kultusminister Dr. Voelk: Wenn die Sozialdemokraten von uns Verständnis für ihre Forderungen verlangen, dann müssen diese auch Verständnis für das Bürgerrecht zeigen. Der deutsche Staat ist nicht nur die Summe der jetzt Lebenden Deutschen; er ist wie jedes organische Gebilde gewachsen; seine tiefsten Wurzeln liegen in der deutschen Vergangenheit. Die Wurzeln dürfen nicht durchschnitten. Nur aus dieser deutschen Vergangenheit können wir die Kräfte für den Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes gewinnen. Andererseits ist aber auch zu sagen: Wir müssen unsere Jugend auch fest auf den Boden der Gegenwart stellen. Die Herausgabe eines Erlasses, wie ihn der Abg. König forderte, empfiehlt sich nicht. Bei der Debatte über das Sargebiet und die besetzten Gebiete habe ich ausgeführt, daß der Gesamtunterricht in Deutschland im Sinne der Reichsverfassung erteilt werde: im Sinne der Völkerverbrüderung, zugleich aber auch im Geiste des deutschen Volkstums. Mit der konfessionellen Trennung in Deutschland muß man nun einmal rechnen. Die Verfassung garantiert die konfessionellen Schulen. Ich bitte ihre Gegner auf der linken Seite des Hauses, den Wagen in diesem Kampfe nicht zu überspannen. Für die rein weltlichen Schulen besteht Lehrermangel. Es besteht die große Gefahr, daß junge unerprobte Lehrer für diese Schulen herangezogen werden, die keine Gewähr dafür bieten, daß sie wirklich den hohen Unterrichtsaufgaben gewachsen sind. (Unruhe links.) Viele junge Lehrer werden durch die Not gezwungen, an diese Schulen zu gehen, obwohl sie eine andere Bestimmung haben, und geraten in Gewissenskonflikte. (Widerpruch links.) Die Einheitschule kann bereit nur als eine ideale Einheit erstrebt werden. Die natürliche Entwicklung darf nicht durch eine

übertriebene Schulreform

vergewaltigt werden. Die neuen Geschichtsbücher sollen nur die Tatsachen geben. Das Ministerium muß es ablehnen, selbst solche Bücher herauszugeben. Es will kein Staatsmonopol schaffen. Die Selbstverwaltungskörper der Studentenschaft müssen entpolitisiert werden. In die akademische Freiheit werde ich niemals eingreifen.

Abg. Lauffer (Zit.): Unser Volk ist keine Einheit in dem Sinne, wie sie die Einheitschule zur Voraussetzung hat. Die von der Sozialdemokratie geforderte weltliche Schule müssen wir als religionslose Schule bezeichnen; denn der religionskundliche Unterricht dieser Schule hat mit Religionsunterricht, wie wir ihn verstehen, gar nichts zu tun. Sie (nach links) führen den Kindern eine große Bilder-galerie vor und wollen die Kinder dazu Stellung nehmen lassen. Diese Religionskunde macht höchstens indifferent. Das Kind will was Besseres, will sich entscheiden und begeistern. Die Rechtsansprüche der Kirche dem Staate gegenüber müssen genau hergestellt werden. Die Stellungnahme gegenüber dem stets wiederkehrenden Antrag König, der verlangt, daß die Grundzüge für die Ablösung der staatlichen Leistungen gegenüber der Kirche bald festgesetzt werden sollen, ist nicht so einfach. Die Verhältnisse müssen geschaffen ungeheure Schwierigkeiten. In unsern Kreisen ist man gegen solche nur dem Agitationsbedürfnis dienenden Anträge sehr empfindlich.

Abg. Dr. Schuster (St. Sp.): Bei der Trennung von Staat und Kirche muß jeder Teil zu seinem Rechte kommen.

Abg. Kleinhebe (Unabh. Soz.): Der demokratische Gedanke muß in der Erziehung der Jugend die stärkste Stütze erhalten. Der Grad des Wissens, den die Schüler mitbekommen, darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Die Erziehung muß schülerische Kräfte in der Jugend freimachen. Das alte System ist hauptsächlich an seinem Persönlichkeitsmangel zugrunde gegangen. Nicht nur die Geschichtsbücher, auch die Lehrbücher sind eine Schande für die Republik.

Von Völkerverbrüderung ist darin nirgends die Rede. Deito mehr wird nationalpolitische und monarchistische Propaganda getrieben. Was hat Minister Voelk, der ja kein Minister der Reaktion sein will, gegen die Reaktion unternommen? Die Universitäten sind Hochburgen der Reaktion. Der Staat muß größeren Einfluß auf die Universitäten gewinnen. Selbst wenn dabei auch in die sogenannte akademische Freiheit eingegriffen wird. Wirklichem religiösem Leben bringen auch wir Hochachtung entgegen, aber der Kirche, welche die Ausbreitung religiösen Lebens nur verhindert und eine gefährliche Feindin des heutigen Staates ist, bewilligen wir keine staatlichen Mittel.

Abg. Dr. Meyer (Kommunist): Die Schule ist noch immer eine Klassenchule. Soll für die Schule des Volkes etwas getan werden, dann heißt es, es seien keine Mittel da. Die Zeit wird kommen, wo die Volksschulen nach ganz anders ihre Forderungen anmelden werden. Die schönen Bücher der Schulreformer der Sozialdemokratie nützen gar nichts, wenn die Sozialdemokratie Realisationspolitik treibt. Schulreform kann nur eine reine Arbeiterregierung werden.

Abg. Hoff (Dem.): Staatsbürger müssen herangebildet werden ohne Rücksicht auf Standes und der Konfession. Bedauerlich ist, daß die akademische Jugend so wenig Verständnis für die Demokratie zeigt. Wenn das Reich sagt, es habe keine Mittel zum Ausbau der Lehrerbildungsanstalten, dann muß der preussische Staat einprägen. Die Berufsbildung der Lehrer muß sich an die Umweltschulung anlehnen. Konfessionelle Lehrerbildung ist ein Rückschritt in Widerspruch. Die höhere Lehrerbildung kann nur auf simultaner Grundlage erfolgen.

Das Haus verlagert sich auf Dienstag 12 Uhr: Erhöhung der Zulagen an technische Beamte der Bergbauverwaltung, Kultushaushalt, Bestimmungen über die Anträge zum Streik. Schluß gegen 6 Uhr.

Ein monarchistisches Geschichtsbuch.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird von einem Studienrat folgende Zuschrift gemacht:

Trotz des noch immer zu Recht bestehenden Verbots von monarchistischen Lehrbüchern im Geschichtsunterricht in Berliner Schulen ist nach wie vor das monarchistisch-byzantinische und chauvinistische Geschichtsbuch von Neubaer bei Schülern und Lehrern in Gebrauch. Gegenüber etwaigen offiziellen Ablehnungsbeschlüssen weise ich darauf hin, daß mir vor wenigen Tagen ein amerikanischer Schullehrer, der zu vergleichenden Studiengängen sich mit dem Erziehungsamt in Deutschland, England und Frankreich beschäftigt, die Neuauflage des genannten Geschichtsbuchs von 1921 (!) vorlegte und hinzufügte, der Buchhändler habe ihm das Werk verkauft mit dem Bemerkten, daß es von Lehrern und Schülern allgemein verlangt werde.

So sieht die deutsche Republik in Theorie und Praxis aus. Jeder Direktor kann natürlich mit Zug und Recht erklären, daß an seiner Anstalt der Gebrauch von Geschichtsbüchern untersagt sei, hinter den Kulissen aber wird nach den alten Rezepten weiter gearbeitet. Jedenfalls muß der unoffizielle Verkauf des Neubaer'schen Buches groß genug sein, wenn der Verleger in einer Zeit der Papiernot und größter Teuerung es wagen kann, die Neuauflage eines ministeriell verbotenen Buches herzustellen.

Notizen.

Tagung des Parteiausschusses. Der Parteivorstand hat am Montag beschloffen den Parteiausschuss zum 8. März zu einer Sitzung einzuberufen, der sich am 9. März eine gemeinsame Aussprache mit den politischen Redakteuren der Parteipresse anschließen soll. Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. die politische Situation (Streik, Steuerkommission), 2. Internationale, 3. Organisationsfragen (Masseier usw.).

Internationale Sozialistenkonferenz. Vom Parteivorstand sind zu Ende dieser Woche in Frankfurt a. M. stattfindenden fünftägigen Konferenz folgende Genossen delegiert worden: Adolf Braun, Bildenbrand, Wollenshuh, Stämpfer und Weis. Die Reichstagsfraktion entsendet gleichfalls fünf Genossen. Die Unabhängigen beabsichtigen acht Delegierte zu entsenden, unter denen sich u. a. Ursipien und Lebebour befinden. Auch die kommunistische Arbeitsgemeinschaft wird an den Verhandlungen teilnehmen.

Parteiaugmentation unter Benutzung von Dienstmärkten. Die Preisinspektion in Halle hat im Oktober v. J. an die Schulen ihres Bezirks Einladungen des Landbundes der Provinz Sachsen zu einer Landbesamtagung amtlich unter Benutzung von Dienstmärkten erteilt. Auf eine kleine Anfrage antwortet das Kultusministerium, daß der Tatbestand richtig ist und daß die Regierung, Abteilung für Kirchen und Schulwesen in Weisung, die Benützung trägt. Die amtliche Benützung derartiger Einladungschriften ist, so heißt es weiter, „ausdrücklich zu mißbilligen; dem verantwortlichen Beamten gegenüber wird das Erforderliche beantragt. Durch Anweisung an die zuständigen Stellen wird Vorkehrung getroffen, daß sich derartige Vorgänge nicht wiederholen.“

Severings Haftbefehl gegen Raehne. Minister Severing hat am Sonntag einem Abgeordneten, der mit dem Minister über die großen Ausschreitungen des Junter Raehne sprach, mitgeteilt, daß er anordnet habe den Ritterschloßbesitzer v. Raehne vorläufig in Schutzhaft zu nehmen. Trotz Haftbefehl von Minister Severing hatte es bis Montag noch kein Beamter gemagt, den Hauptmann und Ritterschloßbesitzer Karl v. Raehne zu verhaften. Das ganze Schloß ist voller Waffen wie ein richtiges Mäuserneil. Severing hat auch einen Befehl gegeben, die Entlassung auf Schloß Regow durchzuführen. Der Oberlandjäger führte sie durch und brachte von den vielen Waffen: eine Büchse, einen Karabiner, eine Pistole und einen alten Trommelrevolver als Requisite der „Entwaffnung“ mit. Der schiefwütige Raehne behauptet, in Notwehr gehandelt zu haben, und es sieht ganz so aus, als wolle die zuständigen Behörden ihm das glauben. Der Arbeiter-Mieter ist noch immer vernehmungsunfähig und schwebt noch in Lebensgefahr.

Keine Einigung im Braunkohlenrevier. Entgegen den verbreiteten Nachrichten, daß im mitteldeutschen Braunkohlenrevier eine Einigung zwischen Arbeitern und Unternehmern erzielt sei, wird uns von gut unterrichteter Stelle mitgeteilt, daß bisher keine Einigung erzielt wurde, sondern vielmehr noch alles in der Schwebe ist.

Sege gegen Thüringen. Gegenüber den durch einen Teil der Presse (auch der Magdeburgerischen Zeitung) verbreiteten Mitteilungen über angeblich an mehreren Orten Thüringens vorgekommene Zwangsarbeiten und Reibereien zwischen Thüringer Landespolizei und Technischer Nothilfe in den Tagen des Verfallsbereichs wird ausdrücklich festgestellt, daß nirgends in Thüringen irgendwelche Zwangsarbeiten oder unangelegenen Art sich ereignet haben. Alle entgegenstehenden Behauptungen sind aus den Frägnen gezogen. Das gilt auch von einer Meldung der „Deutschen Zeitung“, streitende Eisenbahner hätten den Bahnhofs-Prodhjella besetzt und mit Maschinengewehren geschloß.

Der Fall Winnig. Auf eine Anfrage der Unabhängigen über die Bestrafung des früheren Oberpräsidenten von Ostpreußen, Winnig, wegen seiner Haltung während des Kapp-Putsch hat der preussische Minister des Innern erwidert, daß gegen Winnig sowohl ein Strafverfahren als auch ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Entfernung aus dem Amt eingeleitet worden sei. Nachdem jedoch der Oberpräsident dem Strafverfahren gegen Winnig auf Grund des Amnestiegesetzes vom 4. August 1920 eingestellt hatte, sei auch das Disziplinarverfahren wieder eingestellt und Winnig mit einer Ordnungsgeldstrafe belegt worden. Die Bezüge Winnigs, der inzwischen in den einseitigen Ruhestand versetzt sei, regelten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.

Errichtung eines Landeschiedsgerichts. Der Beamtens-Ausschuss des Landtags verhandelte am Freitag über den Gesetzesentwurf betr. Errichtung eines Landeschiedsgerichts und hörte zunächst die Vertreter des Verbandes der Kommunalbeamten und die des Preussischen Städtetags an. Die Kommunalbeamten wünschen insbesondere die Errichtung von Bezirkschiedsgerichten als Unterbau. Der Preussische Städtetag hält das nicht für zweckmäßig und wendet sich besonders dagegen, daß der Spruch des Bezirkschiedsgerichts für die Gemeinden verbindlich sein soll, wie es die Gemeindebeamten wünschen. Abgeordneter Bartels (Dem.) wünschte als Berichterstatter, daß die Entscheidungsmöglichkeit in die Provinzen verlegt werden, befürchtet aber von der Regelung nach den Wünschen der Kommunalbeamten eine zu große Zersplitterung.

Eine vollständige Schiffreparatur. Der Personendampfer „Ludwig“, der frühere deutsche Dampfer „Vaterland“, wird demnächst wieder instand gesetzt werden und in See gehen. Die Kosten der Wiederherstellung werden sich auf 200 000 Dollar belaufen, nach deutscher Währung also rund 1 640 000 000 Mark.

Die Heereskräfte in Europa. Eine interessante Zusammenstellung der Heereskräfte der heutigen europäischen Staaten mit ihren Heereskräften gibt das „Militärwochenblatt“. Daraus ergibt sich, daß Deutschland (abgesehen von der Schweiz, die überhaupt kein Heeresbesitz hat) die niedrigste Verhältniszahl aufweist, nämlich 0,17 vom Hundert der Bevölkerung. Deutschland zunächst steht Portugal mit 0,19 v. H., während schon Ungarn und Oesterreich auf je 0,45 v. H. kommen. Polen hat 1,03 bis 1,21, die Tschechoslowakei 1,47, Jugoslawien 1,53, Belgien 1,49. Selbst Estland hat 1,14 und Lettland 1,16. Sowjetrußland 1,23. Die weitaus höchste Zahl erreicht Frankreich mit 2,19.

Deutsch-französische Verständigung. Das Zentralkomitee der französischen Liga für Menschenrechte und die Deutsche Liga für Menschenrechte (Bund Neues Vaterland) richten an die Demokratien beider Länder einen Aufruf, in welchem eine Grundbesitz fiktiv wird, auf welcher eine Verständigung zwischen beiden Völkern erzielt werden soll. Der Aufruf ist von namhaften französischen und deutschen Wissenschaftlern und Politikern unterzeichnet. Grundgedanke ist die Anerkennung der deutschen Verpflichtung, Frankreich für die wirklichen Kriegsschäden zu entschädigen, vornehmlich durch Sachleistungen und gegenseitige Abrüstung.

Ein Wahlsieg der englischen Arbeiterpartei. Bei einer Erziehung zum englischen Unterhaus in Clayton wurde der Arbeiterkandidat mit 14 632 Stimmen gegen den Koalitionskandidaten gewählt, der nur 11 038 Stimmen erhielt. Die Zahl der eingeschriebenen Wähler betrug 34 659, hieron waren 13 867 Frauen. Es scheint, als ob die letzten den Ausschlag gegeben haben. — Man rechnet damit, daß in England bald Neuwahlen stattfinden werden. Henderson (Arbeiterpartei) erklärte, es sei ein Irrtum Lloyd Georges, wenn er glaube, die Arbeiterpartei Englands sei nicht fähig, die Regierung zu übernehmen. Diese Bemerkung beweise nur, wie wenig die Herrschenden über die wirklichen Machtverhältnisse informiert sind.

Zivilienpflicht in Norwegen. Für Militärpflichtige, die aus religiösen oder moralischen Gründen sich weigern, in das Heer einzutreten, soll nach einem Vorschlag der Militärkommission des norwegischen Storting (Reichstag) die zivile Wehrpflicht zur Einführung gelangen.

Einigung in Dänemark. Die Vergleichsverhandlungen im dänischen Arbeiterkonflikt haben dazu geführt, daß bisher 17 Organisationen, die zusammen 40 000 Arbeiter zählen, ein neues Uebereinkommen eingegangen sind.

Unruhen in Portugal. Nach einer Temps-Meldung aus Lissabon wird in einer amtlichen Note erklärt, daß der Ministerrat in Hauptquartier des besetzten Lagers zusammengetreten, da die Regierung von neuem bedroht sei. Die Truppen und die Polizei liegen alarmbereit in den Kasernen. Die Unruhen, die schon längere Zeit bemerkbar sind, nehmen offenbar immer größeren Umfang an; denn sonst würde die Regierung kaum die amtliche Erklärung abgegeben, daß sie sich in einem besetzten Lager befinden muß.

Depeschen.

Vom Mansfelder Streik.

Ab. Halle a. d. S., 21. Februar. Die Streikfrage in Mansfeld ist unverändert. Die Mansfelder Gewerkschaft (Unternehmer) hat sich um Vermittlung an das Reichsarbeitsministerium gewandt. Auf dessen Veranlassung sind die Beteiligten zum Oberbergamt in Halle eingeladen worden. Die Parteien wurden gleichzeitig aufgefordert, Vertreter zu einem eventuellen Schiedsgericht zu ernennen.

Die Seiratskonferenz.

Berlin, 21. Februar. Wie die „Freiheit“ mitteilt, wird am kommenden Mittwoch eine Reichskonferenz der Unabhängigen stattfinden, die über das Anerkennen der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft betreffs Aufnahme in die Unabhängige Partei entscheiden soll.

Keine bairische Butter für Preußen.

Ab. München, 21. Februar. Bei den Beratungen im Landwirtschaftsministerium über die Aufstellung der Richtlinien für den Wirtschaftsplan 1923 erklärte Landwirtschaftsminister Wugelhofer u. a.: die Ausfuhr von Milch, Butter und Käse bleibe neuerdings gesperrt. Diese Sperre solle für die ganze Dauer der Fremden-Laison gelten.

Die Freude am Versailler Frieden verloren.

Ab. Paris, 21. Februar. Der ehemalige französische Wiederaufbauminister Loucheur hielt in Lyon vor einer Vereinigung von Industriellen, Kaufleuten und Landwirten eine Rede über die wirtschaftliche Krise. England habe die Lage dadurch verschärft, daß es Frankreich teure Kohlen verkauft habe. Dadurch habe es nicht nur den Unterhalt und die Löhne, sondern auch die Erzeugnisse der Industrie verteuert. Da Rubel, Mark und Krone ihre Kaufkraft verloren hätten, seien heute Rußland, Oesterreich und Deutschland mit ihren 200 Millionen Einwohnern von der Wirtschaftskrise Europas ausgegriffen. Das bedeute natürlich das Verschwinden des Gleichgewichts in der Handelsbilanz. Das Mittel gegen diese Krise sieht Loucheur in der annähernden Gleichheit der Produktions- und Konsumtionsziffern.

In England habe man brutal die Produktion herabschneiden wollen. Dadurch habe man zwei Millionen Arbeitslose geschaffen und den nationalen Reichtum herabgemindert. Alle diese Probleme beschäftigten die Staatsmänner, die an der nächsten Konferenz von Genua teilnehmen würden. Es sei ganz gut, mit den Gegnern zu verhandeln. Man lerne seine Absichten und auch seine Ziele kennen. Aus diesem Grunde habe er im vorigen Jahre mit den Delegierten Deutschlands verhandelt. Aus diesem Grunde könne man auch mit Rußland verhandeln. Man könne allerdings keine zu plötzliche Rückkehr zu der Vorkriegszeit wünschen.

Loucheur sprach alsdann von der Reparationsfrage. Er sei ein Mann von Realisierungen. Deutschland, das kein Gold habe, könne nur bezahlen, wenn es die Produktion seiner Industrie ausführen könne. Deshalb habe er geglaubt, daß Deutschland Rohmaterialien und fabriizierte Produkte liefern könne, um am Wiederaufbau mitzuwirken. Er habe eines Tages Lloyd George vorgeschlagen, auf einen Teil der Forderung an Deutschland zu verzichten, wenn England auf seine Forderung an Frankreich verzichte. Lloyd George scheine geneigt zu sein, auf diesen Vorschlag einzugehen, aber unter der Bedingung, daß sich die Vereinigten Staaten von Nordamerika auch gegenüber England herhielten. Das Parlament der Vereinigten Staaten habe diese Kombination abgelehnt. Er danke den Amerikanern, daß sie gekommen seien, um den Krieg mitzumachen. Aber etwas weniger danke er ihnen für den Frieden, den sie Europa beibrachten.

Die Lösung der finanziellen Schwierigkeiten in Frankreich sieht Loucheur in der Herabminderung des Zinsfußes. Der Zinsfuß müsse auf 3 Prozent zurückgeführt werden. Vom Jahre 1931 müsse alsdann auch der Zinsfuß der französischen Rente herabgesetzt werden.

England und Rußland.

Ab. London, 21. Februar. Im Unterhaus erklärt ein Regierungsmitglied, es habe keinen Zweck, im gegenwärtigen Augenblicke die zwischen der britischen und der Sowjetregierung geschickten Noten zu veröffentlichen, da sich auf der Genuefer Konferenz eine Gelegenheit bieten werde, zu einem besseren Einverständnis mit Rußland zu kommen.

Die ausgesperrte Türkei.

Ab. London, 21. Februar. In Erwiderung einer Anfrage erwiderte Lloyd George, die Türkei werde nicht zur Teilnahme an der Konferenz von Genua eingeladen werden.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 21. Februar 1922.

25 : 4.

In Deutschland gibt es gegen 4000 Zeitungen.

Darunter sind 3700 Organe des kapitalistischen Bürgerturns, hingegen nur ungefähr 300 Organe der Arbeiterbewegung.

Die Tageszeitungen des Bürgerturns haben gegen 25 Millionen Abonnenten, die der Arbeiter nur ungefähr 4 Millionen.

In 25 Millionen Zeitungsexemplaren führt der Kapitalismus täglich seinen Geisteskampf gegen die Bestrebungen der Arbeitenden! 25millionenmal schreit er der Öffentlichkeit die trügerischen kapitalistischen Argumente ins Ohr. Aus 25 Millionen Mähren fließt jeden Tag das Gift der Irreführung in die Massen. Und nur mit schwacher Stimme kann die sozialistische Presse antworten. Ihre Reichweite ist noch gering. Die von 25 Millionen Zeitungsexemplaren geförderte antiproletarische und antisozialistische Ideologie hingegen überwuchert.

Wer begriffst da nicht, daß der Kampf gegen den Unverstand der Massen so unendlich schwer ist und Kraft und Begeisterung zum Eintreten für die große Sache der Arbeit noch zu gering ist für den Sieg?

Wer zweifelt noch daran, daß es Arbeit von höchster Bedeutung ist, der Arbeiterpresse neue Gebiete zu erobern, ihre Reichweite zu vergrößern, ihr die Türen zu neuen Millionen Proletarierwohnungen zu erschließen?

Erkennt die ungeheure Bedeutung der Presse! Verdrängt die bürgerlichen Blätter, brecht die Bahn der sozialistischen Presse!

Werbt mit doppelter Hingabe jeden Tag, jede Stunde für euer Blatt, für die „Volksstimme“.

Ablieferung der Steuermarken von 1921.

Vom Finanzamt wird bekanntgegeben:

Nach einer Verordnung des Reichsministers der Finanzen ist jeder Arbeitnehmer verpflichtet, innerhalb des Monats Januar 1922 seine Steuerkarte und die losen Markenblätter, die in der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1921 zum Einkommen und Entlohnungen von Steuermarken verwendet wurden, der für ihn zuständigen Steuerbehörde (Finanzkasse, Hilfskasse) zu übergeben oder zu übersenden. An Stelle des Arbeitnehmers kann auch der Arbeitgeber die Einlieferung der Steuerkarten oder Markenblätter übernehmen.

Durch eine Ergänzungsverordnung wurde zugelassen, daß die Frist spätestens mit dem 31. März 1922 enden muß. Sie soll den Verhältnissen in den Bezirken Rechnung tragen, in denen die Einkommensteuerbescheide für 1920 bereits zugestellt sind — was fast durchweg der Fall sein dürfte —, und daher die Befestigen im Monat Januar mit der Vereinnahmung der Einkommensteuer für 1920 sehr belastet sind.

Als zuständige Behörde dürfte nach den Ausführungsbestimmungen zum Einkommensteuergesetz die Behörde anzusehen sein, in deren Bezirk der Steuerpflichtige bei der am 20. Oktober 1921 stattgefundenen Personensicherungsmaßnahme gewohnt hat.

Die Arbeitgeber haben Anschläge über die Verwendung in den Arbeits- und Geschäftsräumen anzubringen und ihre Arbeitnehmer zur Ablieferung der Steuerkarten und Markenblätter anzuhalten. Arbeitnehmer, die ihre Steuermarken nicht abliefern, setzen sich der Anwendung der im § 202 Reichsabgabenordnung vorgesehenen Zwangsmittel aus und laufen weiterhin Gefahr, durch Veranlagung die Steuer für 1921 noch einmal entrichten zu müssen.

Die eingelieferten, für die Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1921 verwendeten Steuermarken werden auf die für das Rechnungsjahr 1921 zu entrichtende Einkommensteuer angerechnet. Die Behörde hat über den Kennbetrag der eingelieferten Steuermarken Mitteilung zu erteilen.

Wirbelsäulenverkrümmung und Tuberkulose.

Zwei äußerst lehrreiche Lichtbildervorträge fanden am Montag in der Aula der Luisenschule statt. Professor Dr. Blende sprach über „Sonderabteilungen unserer Volksschulen“. Die städtische Turnverwaltung hat es sich seit langem zur Aufgabe gesetzt, unsere rüchenschwachen Volksschulkinder — vor allem kommen da Mädchen in Betracht — durch regelmäßige gymnastische Übungen zu einigermaßen kräftigen Menschen heranzubilden. In Magdeburg leisten 20 solcher Sonderabteilungen, die von eigens dazu bestimmten Lehrern und Lehrkräften geleitet werden, diese äußerst notwendige Arbeit. Diese Wirbelsäulenverkrümmungen beruhen entweder auf angeborenem Schiefwuchs oder aufgenommener Schiefhaltung des Körpers der betreffenden Kinder. Während die Schiefhaltung immer heilbar ist, kann man den Schiefwuchs wohl aufhalten und bedeutend bessern, aber nicht völlig heilen. Voraussetzung ist natürlich in beiden Fällen, daß regelmäßig die von Ärzten bestimmten Turnübungen ausgeführt werden. Vor allem ist es notwendig, daß die Eltern, sobald sie einen derartigen Fehler an dem Körperbau ihres Kindes entdecken, zum Arzt gehen und sich nicht auf den Rat der lieben Nachbarn verlassen, die da immer meinen, die Verkrümmung der Wirbelsäule „verwächst“ sich im Laufe der Zeit. Zahlreiche Lichtbilder illustrierten in bester Weise die Verheilbarkeit dieser Krankheit und waren zugleich ein Mahnruf an die anwesenden Eltern, unbedingt den Vorschriften des Arztes oder der betreffenden Lehrperson zu folgen.

Ueber die jodreichen Wirkungen und Gefahren der Tuberkulose sprach in volkstümlichster Weise Herr Lehrer Jülich vom Provinzialamtsarztamt. An Hand von Tabellen wies er nach, daß in der Vorkriegszeit von 10 000 Menschen jährlich 126 an Tuberkulose starben. Wohl sind in dieser Beziehung Verbesserungen, durch Sozialgesetzgebung usw. eingetreten, die aber alles verhängende Krieg mit in den Agrund gezogen hat. In der Nachkriegszeit muß leider festgestellt werden, daß sich vor allem die Kinder-Tuberkulose immer mehr ausbreitet, die besonders durch Wohnungsnot und Unterernährung gefördert wird. Es ist auch hier wieder unbedingte Pflicht, daß sich die Eltern, sobald sich verdächtige Anzeichen bemerkbar machen, einem Arzt anvertrauen. Er allein kann nur helfen. Finanzielle Schwierigkeiten sind dabei keine Entschuldigungsgründe, da die Lungensfürsorgestelle in der Großen Klosterstraße jedermann unentgeltlich zur Verfügung steht.

Die Tuberkulose ist eine ansteckende Krankheit. Wie hüte man sich davor? Keinlichter ist dabei Vorbedingung. Aber nicht nur das. Regelmäßiger Genuß von Nikotin und Alkohol ist zu unterlassen. Beide Gifte sind geeignet, die gesunde Lunge eines Menschen zu zerrütten und zur Anheftung der Tuberkulose empfänglich zu machen. Nicht zu vergessen ist,

sich so oft als möglich in frischer Luft zu bewegen. In Winter- und Sommertagen müssen es die Eltern für ihre Pflicht halten, mit ihren Kindern dem engen, dunstigen Großstadtleben für kurze Zeit der Erholung zu entziehen.

Es ist sehr zu begrüßen, daß die Stadt mit dieser erforderlichen Aufklärungsarbeit an die Eltern der Schulkinder herantritt, und es wäre zu wünschen, daß vor allem die Arbeitereltern diese wichtigen Vorträge in großer Zahl besuchen.

Sozialdemokratischer Verein Magdeburg.

Bezirk Sudenburg. Am Mittwoch den 22. Februar, abends 7 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung in den „Sudenburg Festhallen“ („Gieseler“, Kleiner Saal). Genosse R. Voigt spricht über „Volkswirtschaft und Politik“.

Bezirk Wilhelmstadt. Am Mittwoch den 22. Februar, abends 7 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung im „Wilhelmspark“. Genosse Höllermann spricht über „Erfassung der Sachwerte“.

Bezirk Alte Neustadt. Am Donnerstag den 23. Februar, abends 7 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung im Hotel Neustädter Bahnhof. Vortrag über „Jesus und Spartakus“. Referent Genosse Wuttke. — Funktionärsitzung um 7 Uhr.

Bunter Abend am Sonntag den 26. Februar, abends 6 Uhr, im Kranke-Jugendheim, Turnplatz Friedrich-Wilhelms-Garten. Karten à 3,00 Mark sind im Parteisekretariat, Große Münzstraße 3, zu haben.

Als freiwilliger Beitrag ist eingegangen von D. G. 148 Mark. Weitere freiwillige Beiträge werden im Parteisekretariat entgegengenommen.

Sungsozialisten.

Stellungnahme zur Bezirkskonferenz. Alle Gruppen Mittwoch 1/8 Uhr im Jugendheim, Georgenplatz 10.

Raubmord bei Burg.

Am Sonnabend den 18. Februar wurde unweit des Ritterguts Rühner bei Grabow die Leiche des Vorarbeiters (Vorschnitters) Franz Marzinski (etwa 55 Jahre alt) gefunden. Der Kopf wies eine schwere Verletzung auf, die offensichtlich durch einen Schlag mit einem Beile verursacht ist. Das Geblut war dem Toten weggenommen. Eine als Geldtasche von ihm benutzte Schweißblase fand man in der Nähe des Ermordeten. Am 17. Februar ist der Ermordete in Grabow und auf dem Wege zwischen Grabow und Rühner zusammen mit einem Unbekannten gesehen worden, der als Täter in Frage kommen könnte.

Der Ermordete war ungefähr 1,66 Meter groß, hatte grau meliertes, dunkles, langes Haar und ebensolchen langen Schnurrbart. Bekleidet war er mit dunkler Hose und Reithiefeln, dunkler Jacke, träumerischer Schlappmütze. Sein Begleiter scheint etwa Mitte der 20er Jahre gewesen zu sein; er ist etwa 1,70 Meter groß, kräftig, blond und hat Anflug von Schnurrbart, er hat rundes, volles Gesicht. Beide sprachen Polnisch und gebrochen Deutsch. Der Ermordete ist schon einmal früher (im März und April 1920) auf dem Rittergut Rühner tätig gewesen. Damals befand sich in seiner Begleitung die Arbeiterin Josepha Storzowa mit ihrer 15jährigen Tochter Helena sowie zwei polnische Landarbeiter, von denen der eine Swiatkowski (etwa 25 Jahre alt) hieß, während von dem andern nur der Vorname August und sein Alter von 20 Jahren zurzeit bekannt ist.

Der Ermordete und sein unbekannter Begleiter wollten auf den umliegenden Gütern Landarbeit suchen.

Die Kriminalpolizei in Burg oder die Staatsanwaltschaft Magdeburg (zu den Akten 7 J 207/22) bitten um Mitteilung, was über den Aufenthalt aller der vorstehend genannten Personen in den letzten Tagen sowie über ihren Verbleib bekannt geworden ist.

Erziehung zum Lügen.

Ein Kriegsschädigter schreibt uns: Kriegsschädigter, geh' lügen, das dankbare Vaterland verlangt es von dir. Wenn du orthodoxes Schicksal oder Erbschuldiger in der zur Erhaltung deiner Erwerbsfähigkeit notwendigen Anzahl brauchst, so beachte zu deinem Ruhm und Frommen diese Geschichte:

Mein Beruf zwingt mich, bei jeder Witterung auf die Straße zu gehen. Namentlich der Winter stellt hohe Ansprüche an das Schuhwerk. Zwei Paar feste Stiefel und ein Paar ältere Ausfallsstiefel sind da das mindeste, was ich brauche. Löst sich da hochhafterweise mein drittes Stiefelpaar bei der gegenwärtigen Witterung auf. In den zweiten Stiefeln ist nun schon vor längerer Zeit die Vernichtung des Schienbeinbügels ausgeführt und notwendig repariert. Um mit dem zerstückelten Fuß überhaupt gehen zu können, unterlege ich täglich den aufgerissenen Absatz mit einer Papierplatte von 1/2 Zentimeter Stärke. Mein erstes Stiefelpaar muß nun bejohlt werden. Was tun? Bei dieser Witterung nur ein Paar schadhafte Stiefel zur Verfügung, das geht nicht! Wo hin zum Verborgenen, denn das bisher übliche Stiefeljahr ist abgelaufen. Unerschrocken war ich wohl bisher mit meinen Ansprüchen nicht, denn der Vater Staat hat mir in fünf Jahren ein Paar Ersatzstiefel weniger geliefert, als ich verlangen konnte.

Aber ein Kriegsschädigter denkt und irgendein Geheimrat im Arbeitsministerium fühlt sich als Stellvertreter Gottes und lenkt. Weil ich dem unterstehenden Arzt ehrlich erklärte, daß das vorgezeigte Stiefelpaar meine zweite Garnitur ist, fühlt er sich verpflichtet, meine Ansprüche auf ein weiteres Stiefelpaar abzuweisen und lediglich die Reparatur des orthopädischen Stiefels anzuerkennen. Der Arzt streitet nicht, mit seinem ärztlichen Gewissen kann er es sicher nicht vereinbaren, daß ich ein drittes Stiefelpaar nötig brauche. Er wendet nur ein, daß ihm durch die Verfügung die Hände gebunden seien. Ein Geheimrat in Berlin ist eben der Ansicht, daß ein Kriegsschädigter erst dann ein neues Paar Stiefel bekommt, wenn die Vorgänger dieses Paares total zerrissen sind. Der Beschädigte mag sehen, wie er dann monatelang mit einem Stiefelpaar durch die Welt kommt. Wenn er gesundheitslich dabei vor die Hunde geht, was icheden es, der Vater Staat spart ja die „fürsichtige“ Rente für jeden Beschädigten, den man zum Friedhof führt. Den Familien der Kriegesrümpel geschieht dann schon recht! Warum ging ihr Ernährer auch ins Feld und nicht unter die Kriegsschädiger und -gewinnler.

Der Geheimrat, der diesen Erlaß in die Welt setzte, war sicher ein feste Major. Mit Hilfe der ersparten Kleingelder und sonstigen Bezugsquellen aus Spenden usw. hat er sich gut

etgedeckt und weiß nicht, was es heißt, erwerbstätig zu sein und mit einem Stiefelpaar auszukommen. Als tüchtiger Beamter will er nun sparen, und da fängt er nicht bei sich, sondern bei den Krüppeln des Krieges an.

Die Moral aber von der Geschichte: Wenn du, Kriegsschädigter, zur Erhaltung deiner Erwerbsfähigkeit ein drittes orthopädisches Stiefelpaar oder ein Ersatzpaar brauchst, so rüste dich mit der Mühe. Nimm das älteste, zerrissenste Stiefelpaar, von dem auch der kühnste Fickschneider eine Reparaturwürdigkeit nicht mehr behaupten kann, und schwinde, daß dies dein zweites und letztes Stiefelpaar sei. Dann erspart dir der Berger, dem unterstehenden Ärzte und den Angestellten des Verborgenenamts, die die Berechtigungsanträge einsehen, aber die Unannehmlichkeit, dich nach der Verfügung abweisen, keine Galligeiten anheben zu müssen. Das „dankbare“ Vaterland, das von dir verlangt, daß du Held seiest, will dich jetzt zum Schwindler machen. Wehret dich nicht auf „legale Art“, es ist zwecklos. Eine solche Verordnung und den Geheimrat, der sie zeugte, hebst du doch nicht aus dem Sattel.

— Lob der Mäßigkeit. Jeder politisch interessierte Deutsche, der in der Zeitung den Bericht über die berühmte Abstimmung am vergangenen Mittwoch im Reichstag gelesen hat, wird sich gefragt haben: Was wollte eigentlich die „zielklare“ unabhängige Fraktion, die Regierung Wirth stürzen oder nicht? Haben die Ufepeter mit dem Munde nur unerbittliche Gegenerschaft geschworen, im Herzen aber gebetet für Wirth und seine „berräterische“ Regierung? Wie stand es vor allem mit der unentwegten Minderheit, die zwar im hohen Reichshaus war, aber die Abstimmung verpasste. Wie mit den unabhängigen Abgeordneten, die trotz der ungeheuer gespannten politischen Situation sich fern von Berlin aufhielten? Das Rätsel, das die unabhängige Partei aufgab, war so ungemein lösslich, daß man zu einer ernsthaften Erklärung nur mit einwiger Kraftanstrengung kommen konnte. Die „Volksstimme“ versuchte es mit Ironie. Sie sagte: Die Abwesenden hatten Koffi und tranken deshalb einen Kognak. Nicht jeder Mensch hat Sinn für Ironie. Die Leute sollen sogar sehr selten sein, die mit Ironie etwas anzufangen wissen. Es gehört dazu eine gewisse geistige Elastizität. Die Redaktion der „Volkszeitung“ gehört zu den zahlreicheren Lebewesen, die kein Organ haben mit Ironie. Sie nimmt alles tobernst, sogar sich selbst. Was außerordentlich lustig ist. Sie nimmt auch die Kognak-Ironie ernst, gerät in ihrem Mergel über die freche „Volksstimme“ in einen Rausch, der noch gefährlicher ist als ein Kognakrausch, und zieht ungeheuer vom Leder. Drollig ist es, wie sie behauptet, Albin Brandes habe als Mensch so hoch, daß ihn solch ein widerlicher Kognakdortwurf gar nicht treffen könne. Behnmaß höher steht er als die „Volksstimme“-Redakteure. Wir bekennen gern, daß wir Albin Brandes immer als nächsteres Menschen kennen und „schätzen“ gelernt haben. Er ist so nüchtern, daß er nicht eine Spur von Humorsie jemals zeigen konnte. Wir sehen nicht an, die Mäßigkeit zu loben, auch bis von Albin Brandes. Wir sind gegen Mäusch, sogar gegen solche, die von wilden Phrasen erzeugt werden und gegenwärtig merkwürdige Blüten treiben im Lager der Unabhängigen.

— Die verdeckte Parteifirma. Die Deutsche Volkspartei verankert heute abend eine Verammlung, in der Admiral Scheer sprechen wird. Offenbar hat die Parteileitung nicht besonders großes Vertrauen zur Werbetraft ihrer Partei, sie hat deshalb sehr eigenartige Werbemittel angewandt. Der Direktor einer höheren Schule wurde in einem Schreiben ersucht, er möchte den Besuch des Vortrags bei den Schülern empfehlen. Mit keinem Worte war erwähnt, daß es sich um eine Veranstaltung der Volkspartei handelt. Der Schuldirektor erfüllte den Wunsch und machte erst später die Entdeckung — vor der Plakatsäule auf der Straße —, daß er in seiner Eigenschaft als Schuldirektor Propaganda gemacht hatte für eine parteipolitische Veranstaltung. Die Volkspartei, die auf diese Weise ihre Art den Schuldirektor gestiftet und in eine peinliche Situation gebracht hatte, suchte sich aber noch zu übertreffen. Am schwarzen Brett der betreffenden Schule hing eines Morgens ein gelbes Meßlappchen der Volkspartei, das auf die Scheer-Verammlung hinweist. Der Schuldirektor war nicht gefragt worden. Der Kopf des Plakats, der den politischen Charakter der Verammlung erkennen ließ, war abgehauen, die Unterschrift „Deutsche Volkspartei“ war überstrichen. Auf diese unehrliche Weise sucht sich die Volkspartei an die Jugend heranzuschleichen. Eine feine Firma! Das empfinden die Volksparteiler auch selbst, daher das verdeckte Firmenzeichen.

— Für jeden etwas hat die Deutschnationale Volkspartei im Sade. Einmal läßt sie einen Herrn reden, der das ehemals sehr gewichtige Wortchen „von“ im Maxen führt, ein andermal einen bürgerlichen Offizier, dann wieder einen Großagrarier und am 20. Februar ließ sie einen Bäckermeister reden. Heute wird der Landwirtschaft, morgen dem Kleinhandel, übermorgen den Großkapitalisten, nur Jude darf er nicht sein, das Wort „Jude“ kommt. Der Quedlinburger Bäckermeister Kiebsch, der am Montag in Friedrichs Festhallen sprach, kennt sein Publikum. Er warf mit Willkür, Millionen, Gold- und Sachwerten um sich und zeigte, daß an allem Geld in Deutschland Rathenau, Wirth und der große Philipp, wie er liebenswürdigerweise unsern Genossen Scheidemann nannte, die Schuld tragen. Nachdem er noch gegen die Betriebsräte, gegen die heutige demokratische Wirtschaft und gegen den Aktionärentag gewettert hatte, hielt er es für seine Pflicht, den wenigen Anwesenden Mut einzuflohen. Er, Kiebsch, werde dafür sorgen, daß es anders wird. Der untermeidliche Dr. Greiner und einige weitere Unentwegte gaben in der Ansprache ihren Senf dazu. Greiner erklärte sich mit den Kommunisten solidarisch, weil auch sie gegen den Friedensvertrag seien. Deutschnationale und Kommunisten Arm in Arm. Sie finden sich immer wieder.

— Gegen die Verführung des Handarbeitsunterrichts sprach sich eine Elternversammlung der Reutländer 2. Volksschule aus. Es wurde dort hervorgehoben, daß man den Handarbeitsunterricht nicht verfürzen darf, sondern im Gegenteil noch Sondurmaße für Handarbeiten einrichten muß. Die neuen Grundschulpläne müssen so ausgearbeitet werden, daß dem Handarbeitsunterricht mehr Stunden eingeräumt werden. In einer Handarbeitsausstellung, die am Sonntag nachmittag, von 3 bis 5 Uhr wiederholt werden soll, wurde gezeigt, was die Mädchen in Handarbeiten leisten können.

— Die neuen Löhne für Bauarbeiter. Der Bauarbeiterverband teilt uns mit: Das Bezirkslohnamt hat folgenden Schiedsspruch gefällt: Auf die Spitzelöhne ist vom 1. Februar 1922 an ein prozentualer Aufschlag von 25 Prozent zu zahlen. Die Löhne innerhalb der verschiedenen Arbeitergruppen in den einzelnen Lohngebieten sind unter Zugrundelegung des Spitzelohns zu berechnen, so daß die bisherige Spanne zwischen den Arbeitergruppen bestehen bleibt. Den Schiedsspruch haben die Arbeiter und auch die Arbeitgeber angenommen.

